

Bezugspreis:

Bestellungspreis: 30.- M., monatlich 10.- M., ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Welt u. Reich' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonntag, den 11. September 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Komparatabelle ...

Die amerikanischen Milchkuhe.

Endlich hat das Ernährungsministerium sich dazu geäußert, weshalb die von Amerika unentgeltlich zur Verfügung gestellten Milchkuhe nicht abgenommen wurden.

Diese mehr als sonderbare Begründung fand bei den sozialdemokratischen Ritaliedern entschiedenen Widerspruch. Man kann ein so wertvolles Geschenk nicht deshalb in der Abnahme beanstanden, weil das Rote Kreuz die Sache in der Hand hat.

Seit berichtet nun ein Berliner Blatt, daß das Ernährungsministerium am Freitag beschlossen habe, die Einfuhr der zunächst angebotenen 2500 Milchkuhe freizugeben.

In der Freitagssitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages erstattete der Minister für Ernährung und Landwirtschaft Bericht über die Konferenzen in London und Stresa.

Daherischen Brauereien zur Herstellung eines Sprozentigen Bieres ein Gersten- und Malzkontingent von 80 Proz. des Verbrauchs der Jahre 1912/13 zugewiesen wird; ein Antrag Dr. Wöhme (Dem.) verlangte die Ausdehnung des Gersten- und Malzkontingents auf die gesamte deutsche Brauindustrie.

Die Sozialdemokraten und Unabhängigen wandten sich mit aller Schärfe gegen die vorstehenden bürgerlichen Anträge, die eine neue Belastung der breiten Masse sowie eine wesentliche Verschlechterung unserer gesamten Ernährung bedeuten.

In der heutigen Sitzung wurde die Beratung fortgesetzt. Erst in der Mittagsstunde kam man zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Zunächst lehnte der Ausschuh den Antrag auf Erhöhung der Getreidepreise und auf die Weitergewährung der Frühdruschprämie ab.

Angenommen wurde dagegen der Antrag, die Ausmaßungsquote des Brotgetreides auf 65 Proz. herabzusetzen und höchstens 10 Proz. Strohmittel zu verwenden. Ferner gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Regierung erlucht wird, vom 15. September ab die tägliche Ration auf 200 Gramm zu erhöhen.

Hinsichtlich der amerikanischen Milchkuhe wurde beschlossen, den amerikanischen Spendern dankbare Anerkennung auszusprechen. Der Antrag wurde mit allen Stimmen angenommen.

Das Programm der Völkerbundskonferenz.

Amsterdam, 11. September. (WZ.) Der 'Telegraaf' meldet aus London: Die vorläufige Tagesordnung der ersten Sitzung der Völkerbundversammlung ist bekannt gemacht worden. Daraus sind folgende Punkte hervorzuheden: Zulassung der Staaten, die in der Vellage des Völkerbundesvertrages genannt sind; vorläufige Festsetzung des Sitzes für 1921; Pläne für die Errichtung des permanenten internationalen Gerichtshofes; Errichtung einer permanenten Organisation, um die Frage betreffend internationale Verbindungen und Verkehr, die laut Friedensvertrag von Versailles zu den Befugnissen des Bundes gehört, zu behandeln.

Die Sabotage von Genf gelungen?

Amsterdam, 11. September. (Meldung des Holländischen Bureau.) 'Nieuwe Rotterdamse Courant' meldet aus Brüssel, daß die Konferenz in Genf, die Ende September zur Regelung der Entschädigungsfrage zusammentreten sollte, wahrscheinlich nicht stattfinden wird.

lich Frankreich nicht daran beteiligen. Die Möglichkeit, daß auch die Brüsseler Finanzkonferenz aufgeschoben werden muß, ist nicht ausgeschlossen.

Die Polnische Herrschaft in Oberschlesien.

Berlin, 11. September. (WZ.) Auf die Note der deutschen Regierung vom 4. September, in der unter Hinweis auf die von polnischer Seite begangenen Gewalttaten die Einsetzung einer neutralen Untersuchungskommission vorgeschlagen wurde, ist dem Präsidenten der deutschen Friedensdelegation in Paris nachstehende Antwort der Völkerbundskonferenz zugegangen: 'Sie haben der Konferenz am 3. September 1920 eine Note der deutschen Regierung übermittelt, in der die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Oberschlesien vorgeschlagen wird.

Der Sonderberichterstatter der RS-Korrespondenz meldet aus Rottowik: Nach neueren Mitteilungen sollen auch die Orte Byelska und Waingow von den Polen besetzt sein.

Programme, nicht Programm!

Von Richard Lohmann.

Die Not der Zeit fordert von uns nicht programmatische Erklärungen, sondern praktische Arbeit. Die an sich unerläßliche Neugestaltung unseres Parteiprogramms drängt nicht, um so dringlicher brauchen wir Richtlinien für die Bewältigung unserer nächsten Aufgaben.

Offen bleibt nur die Frage, ob uns und unserer Partei für die praktische Lösung der nächsten Aufgaben mit einem allgemeinen Aktionsprogramm gebietet ist, das die vorläufigen Ziele sozialdemokratischer Gegenwartsarbeit in großen Zügen umreißt.

In allen Städten steht, um ein Beispiel herauszugreifen, die Wohnungsnot als das zuerst zu lösende Problem an der Schwelle der Verhandlungskammer. Was hilft uns da ein Aktionsprogramm, das vielleicht in einem Nebensatz 'eine planmäßige und tatkräftige Siedlungspolitik' verlangt!

Aber werfen wir einen Blick auf die nächsten Aufgaben unserer Schulpolitik. Hilft uns da das Bekenntnis zur Einheitschule und zur weltlichen Schule auch nur um einen Schritt praktisch augenblicklich weiter? Den Massen unseres arbeitenden Volkes ist herzlich wenig damit gedient, wenn hier und da eine 'Versuchsschule', eine Idealschule noch unserem Herzen und Sinn errichtet wird.

Für die Fragen der Sozialisierung, des Ausbaus der Verwaltung und noch viele andere gilt dasselbe. Überall können wir nicht darauf warten, bis wir, vom Volk gemeinen ausgehend, die Wege zum Besonderen finden, sondern wir müssen umgekehrt die Nähe mit sicherem Blick erfassen, um dann später das Auge in die Ferne zu richten.





